

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/64

Bonn, den 2. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ansporn für Paris und Bonn</u> Erfreuliches Ergebnis einer Meinungsumfrage in Frankreich Bundesrepublik Deutschland an der Spitze der Länder, die die Franzosen als Freunde betrachten 60 Prozent halten Wiedervereinigung für wünschenswert	42
2	<u>Abgeblitzt</u> Kommunisten kamen nicht zum Zuge Von Helmut F. Bärwald	46
3 - 4	<u>Schlecht weggekommen</u> Pressestimmen zum "müden Parteitag"	72
5	<u>Die Wirtschaftsergebnisse in den Ländern des Ostblocks</u> Bericht der UNO-Wirtschaftskommission gibt Auskunft Von Pierre Simonitsch, Genf	48

* * *

Ansporn für Paris und Bonn

Erfreuliches Ergebnis einer Meinungsumfrage in Frankreich

sp - Völker scheinen sich oft besser zu verstehen als ihre Regierungen; zumindest dann, wenn sie sich nicht von den Meinungsverschiedenheiten ihrer jeweiligen Staatsvertretungen irritieren lassen und wenn die Presse trotz vorübergehender Spannungen das Verbindende intensiver darstellt als das Trennende.

So hat zum Beispiel eine im Februar dieses Jahres vom französischen Institut für Meinungsforschung (IFOP) durchgeführte Umfrage ergeben, dass die Bundesrepublik Deutschland an erster Stelle derjenigen Länder steht, das die Befragten gegenwärtig als Freunde Frankreichs betrachten. In Prozenten ausgedrückt ergibt sich bei dieser Fragestellung folgendes Bild:

Bundesrepublik Deutschland	29 %	Schweiz	3 %
Grossbritannien	14 %	Spanien	1 %
USA	12 %	Israel	1 %
Belgien	11 %	Kanada	1 %
Sowjetunion	4 %	unbestimmte	5 %
Italien	3 %	Antworten	

25 Prozent der Befragten waren ohne Meinung.

Die befragten Personen ü b e r 65 Jahre bezeichneten die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von nur 13 Prozent als Freund Frankreichs. Die jungen Franzosen u n t e r 34 Jahren dagegen haben mit 25 Prozent der Befragten die Bundesrepublik am günstigsten beurteilt.

Bei den freien Berufen werden 26 Prozent verzeichnet und bei den akademisch gebildeten Franzosen sogar 32 Prozent. Im Nordosten Frankreichs, also gerade dort, wo die Bevölkerung in zwei Weltkriegen Schreckliches erdulden musste, konnte mit 25 Prozent der h ö c h s t e Anteil an Sympathiebezeugungen für die Bundesrepublik Deutschland festgestellt werden.

Das IFOP-Institut hat die französische Bevölkerung auch gefragt, ob die Wiedervereinigung Deutschlands wünschenswert sei oder nicht. Im Februar dieses Jahres antworteten 60 Prozent der Befragten p o s i t i v, 21 Prozent n e g a t i v und 19 Prozent waren ohne Meinung. Im Mai 1964 sprachen sich nur 55 Prozent für die Wiedervereinigung aus, 26 Prozent waren dagegen und 19 Prozent äusserten keine Meinung.

Auch bei der Frage nach der Wiedervereinigung Deutschlands sind die positiven Antworten in fast den gleichen Kreisen zu finden, die bei der anderen Umfrage nach dem Sympathiegrad die Bundesrepublik an die Spitze der befreundeten Länder gestellt haben.

Dieses Ergebnis sollte ein Ansporn für die Regierenden in Bonn und Paris sein, der Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk den ersten Rang im Rahmen der europäischen Politik einzuräumen.

Abgeblitzt

Kommunisten kamen nicht zum Zuge

Von Helmut F. Bärwald

Der 8. Mai 1965, der 20. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, wird eine Fülle von Diffamierungen gegen die Bundesrepublik und ihre demokratischen Einrichtungen, Institutionen und einzelne Persönlichkeiten bringen. Schon jetzt, noch vor dem geplanten Verleumdungstoss, ist eines klar: Der grösste Teil der Flut von Diffamierungen stammt aus kommunistischen oder zumindestens von Kommunisten inspirierten oder in die gewünschte Richtung gelenkten Quellen.

Dabei gehen die Initiatoren nicht ungeschickt vor, Emotionen und Ressentiments werden raffiniert ausgenutzt, und nur politische Wachsamkeit und kluges Handeln kann ihnen einen Riegel vorschieben.

Ein beredtes Beispiel für die Absicht der Kommunisten, möglichst viele Kanäle zu finden, in denen ihre trüben Propagandaabwässer gegen die Bundesrepublik fliessen sollen, stellt der vor Wochen unternommene Versuch dar, eine kommunistisch gesteuerte "Volksfront der NS-Verfolgten" zu bilden, mit dem Ziel, die Bundesrepublik von dieser Ebene her zu verleunden, in aller Welt zu diskreditieren und auf diese Weise zu isolieren. In dieser Absicht wandte sich die kommunistisch gelenkte "Internationale Föderation der Widerstandsbewegungen" (FIR), vertreten durch ihren Generalsekretär, den französischen Altkommunisten Jean Toujas, an die nichtkommunistische, demokratische "Internationale Union der Widerstandsbewegungen und Deportationen" (UIRD).

Die UIRD jedoch war wachsam und wies das ihr von der FIR geschickte trojanische Pferd zurück. Die politische Begründung für diesen Schritt war eindeutig: Wohl gibt es in der Bundesrepublik, so vor allem im Zusammenhang mit der Verjährungsfrage, noch einiges zu tun. Aber die im Willen und Handeln demokratische UIRD ist nicht bereit, sich vor den kommunistischen "Einheitsfront"-Karren spannen zu lassen. Die Mitglieder der Widerstandsbewegung - so wurde von führenden Männern der UIRD betont -, die wirklich für Freiheit und menschliche Würde gekämpft haben, könnten nur mit Abscheu und Trauer daran denken, was ihren Kameraden teilweise nach 1945 unter kommunistischer Herrschaft angetan worden sei. Allein in der Sowjetzone gibt es eine Fülle solcher tragischer Fälle, in denen Menschen, die aus politischen Gründen viele Jahre in Zuchthäusern oder Konzentrationslagern des NS-Regimes schmachteten, wiederum als politische Häftlinge, oft in den gleichen Zuchthäusern, viele Jahre vom SED-Regime ihrer Freiheit beraubt wurden, oder, hatten sie die Torturen der Nazis überlebt, an den Quälereien des NKWD oder SSD zugrunde gingen.

Der berechtigte Hinweis auf die Untaten anderer soll die noch zu beseitigenden Mängel am eigenen Haus nicht vertuschen. Wir haben gewiss noch einiges zu tun. Aber wenn Versuche der Kommunisten, "Bundesgenossen" für ihren Verleumdungsfeldzug gegen die Bundesrepublik zu gewinnen, wie von der UIRD entschieden und überlegen zurückgewiesen werden, dann dürfen wir das in dankbarer Genugtuung zur Kenntnis nehmen, und wir können unseren Freunden in der Welt sagen: Unser Volk, unsere junge Demokratie braucht dieses Vertrauen.

Schlecht weggokommen

Stimmen zum "müden Parteitag"

Keine Klärung

"Die CDU kann noch so viele Arbeitsgruppen gründen, um dem Zusammentreffen den Anschein eines Ringens um parteipolitische Standpunkte zu geben; in Wirklichkeit wird alles gedacht, gesagt und beschlossen werden um der Öffentlichkeit willen, also weniger innere Klärung, dafür aber um so mehr äußeres Bekunden, äußerliches Werben."

(Frankfurter Neue Presse, 29. März)

"Schwerfällig und schwunglos zogen sich die ersten Plenarsitzungen dieses Parteitages zunächst hin, unverständlich eigentlich, weil die Fülle der vorgetragenen Gedanken, Ideen und Formulierungen eine wohlgefällige Speise darboten. Aber es fehlte ganz einfach am Salz an der Suppe, an einer Suppe leider, die auch weder der Außenminister noch der Verteidigungsminister mit der notwendigen Würze zu kräftigen vermochte."

(Westdeutscher Rundfunk, 30. März)

"Der Funke des Wahlkampfes, den Konrad Adenauer in das Plenum warf, der zündete nicht. Es scheint, als liege Ludwig Erhards allseitiger Gefälligkeitstil lähmend über dem ganzen Parteitag. Die CDU in Düsseldorf bietet hier eine Demonstration der Schwunglosigkeit, die sich als Parteidisziplin ausgibt."

(Bayerischer Rundfunk, 30. März)

Paradesätze und vorgetauschte Selbstsicherheit

"Wenn dann im Saal hin und wieder Beifall aufrauscht, lösen sich die Gruppen, drängen in den Saal, man fragt, ob es eine Redepassagen oder zumindest einen Satz gegeben habe, der zum zündenden Funken werden könnte. Doch der Beifall gilt immer wieder nur einem jener, seit langen gültigen, politischen Paradesätzen, welche Selbstsicherheit nur vertauschen."

(Rheinische Post, 30. März)

Regie und Müdigkeit

"Aber auch die Regie vermag den Hauch von Müdigkeit, der sich jedem Delegierten und jedem Beobachter mitteilte, nicht zu erklären. Die Ursache liegt tiefer, sie liegt bei der Führung. Eine von so vielen Gruppen und Interessen getragene und immer auch gefährdete Partei wie die CDU braucht einen Kopf, der führt und entscheidet und die auseinanderstrebenden Interessen kennt und zusetzt, der die Gruppen zählt und ordnet. Sie benötigt einen Mann, der die Blicke aus der Selbstbetrachtung löst und auf Ziele lenkt."

(Rheinische Post, 31. März)

Formierte Gesellschaft

"Ob der Begriff glücklich gewählt ist, muß dahingestellt bleiben. Sie wird als fester Begriff kaum in den Sprachgebrauch und damit in

das Bewußtsein der Öffentlichkeit eingehen. Deshalb ist es zunächst erstaunlich, daß der Bundeskanzler ausgerechnet während des Wahlkampf-Parteitages der CDU die "Formierte-Gesellschaft" den Wählern als Leitbild vorstellt. Leitbilder zu geben ist modern geworden, wiewohl man über ihre Zweckmäßigkeit geteilter Meinung sein kann. Eine Partei zumal sollte zunächst Auskunft über sich selbst geben, erst dann - wenn überhaupt - erwartet man von ihr Orientierungspunkte. Sein noch einigermaßen visionär anmutendes Gesellschaftsbild ist deshalb nicht nur Leitbild auf weite Sicht, sondern auch Wahlparole."

(Neue Frankfurter Presse, 1. April)

Seid nett zueinander

"Bis zum Schluß hielt man sich an diese Parole. Der Geschäftsführende hatte die anderen Führenden der Partei, sowie das Fußvolk im Parkett, wiederholt beschworen, jegliche innerparteiliche Diskussion zu meiden. Nicht in Hinterzimmern, sondern in aller Öffentlichkeit richtete Dufhues diese Mahnung an seine Parteifreunde. Disziplin wird in der CDU neuerdings allen Ernstes als die größte Tugend angesehen. Da und dort wurden zwar giftige Pfeile abgeschossen, aber da das Ziel nicht genannt werden durfte, konnte jeder, der getroffen werden sollte, vorgeben, er sei nicht betroffen worden."

Wahlsieg unsicher

"Ob es den Christlichen Demokraten gelingen wird, vor der SPD im Herbst die Ziellinie zu überschreiten, läßt sich heute - knapp sechs Monate davor - noch nicht mit Sicherheit voraussagen."

(Bonner Rundschau, 1. April)

Mythos und Heldensagen

"20 Jahre haben genügt, um eine gewaltige Heldensage entstehen zu lassen. Und die Beschwörung der Vergangenheit wirkt auf das Parteivolk wie ein Narkotikum, das den Kummer über Mißerfolge betäubt und die Neuorientierung in einer gewandelten Umwelt überflüssig erscheinen läßt."

Mit jener Souveränität gegenüber der Geschichte, die Heldensagen eignet, bezeichnet Adenauer auch die ganze Autobahn als ein Werk der CDU, und der saarländische Ministerpräsident Röder schrieb die Rückkehr des Saarlandes allein der Politik der CDU zugute. Wenn von den Leistungen der Partei die Rede ist, treibt die Bachbaum-Lyrik üppige Blüten und die Reden geraten nur allzu oft zu mythischen Gesängen von Glanz und Größe der Partei und ihrer Vergangenheit.

Hinter dieser rhetorischen Fassade aber nistet das Unbehagen - ein Unbehagen, das nicht nur durch die Ergebnisse der Meinungsbefragung genährt wird. Es entspringt der dumpfen Erkenntnis, daß die CDU in einer Anpassungskrise steckt."

(DIE ZEIT; 2. April)

Die Wirtschaftsergebnisse in den Ländern des Ostblocks

Bericht der UNO-Wirtschaftskommission gibt Auskunft

Von Pierre Simonitsch, Genf

Nach einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion der Ostblockstaaten im Jahre 1963, von der eigentlich nur Rumänien ausgenommen war, kann 1964 wieder als ein Jahr des Fortschritts bezeichnet werden. Dies geht aus einer soeben veröffentlichten Studie der UNO-Wirtschaftskommission für Europa hervor. Der aussergewöhnlich rasche wirtschaftliche Aufstieg Rumäniens hielt weiter an, die Sowjetunion und die SBZ konnten die Wachstumsrate ihres Nationaleinkommens steigern und die Tschechoslowakei dem Absacken ihrer Produktion Einhalt gebieten. Geringfügig verkleinert hat sich die Zuwachsrate in Bulgarien, Ungarn und Polen. Nur in Albanien ist ein abrupter Niedergang der Produktion zu beobachten.

Die markanteste Tatsache war 1964 die in allen Ostblockländern unternommene Anstrengung einer Rationalisierung der Planung und Verwaltung. Diese Bemühungen gingen von internen Diskussionen über Versuchsprojekte bis zu regelrechten Änderungen der bestehenden Wirtschaftsstrukturen. Am weitesten in dieser Richtung gingen die Tschechoslowakei und Ostdeutschland.

Ein Beweis für den "neuen Wind" in den östlichen Wirtschaftsministerien ist die wesentlich realistischere Einschätzung der Zukunftsmöglichkeiten. Ungarn und die Tschechoslowakei kalkulieren in ihren nationalen Plänen für 1965 nur eine bescheidene Steigerung der Produktion. Der polnische Plan sieht die gleiche Zuwachsrate wie 1964 vor, verspricht aber eine grössere Verteilung des Nationaleinkommens an die Bevölkerung. Die Zone, Rumänien und Bulgarien geben einer Qualitätssteigerung ihrer Erzeugnisse den Vorzug. Der Plan der Sowjetunion sieht für 1965 eine Steigerung der Zuwachsrate vor, die sich aber vor allem auf den Sektor der Verbrauchsgüterindustrie auswirken soll.

Im Durchschnitt können die Ostblockstaaten eine wirtschaftliche Zuwachsrate von 5 bis 6 Prozent aufweisen (gegen etwas über 5 Prozent in Westeuropa). Ausser der Sowjetunion verzeichnen alle kommunistischen Länder einen starken Anstieg der Industrieproduktion, der jedoch die relativ schlechten Landwirtschaftsergebnisse gegenübersteht. Diese haben sich in Albanien, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen verschlechtert und sind in der SBZ und Rumänien leicht angestiegen. Nur Bulgarien kann in der Landwirtschaft auf beträchtliche Erfolge zurückblicken. In der Sowjetunion erklärt sich die Steigerung des Nationaleinkommens ausschliesslich durch die Verbesserung der Ernteergebnisse im Verhältnis zum miserablen Jahr 1963, sowie durch eine Ausweitung des Verkaufs an den Staat.

In Ziffern ausgedrückt - sofern sich diese errechnen lassen - nehmen sich die Produktionssteigerungen in den Ostblockländern im Jahre 1964 folgendermaßen aus (in Klammer 1963):

Industrie: Albanien 7,4 Prozent (6,7); Bulgarien 11,1 (10,0); Tschechoslowakei 4,1 (-3,6); SBZ 6,7 (4,3); Ungarn 8,8 (7,1); Polen 9,3 (5,4); Rumänien 14,1 (12,3); Sowjetunion 7,1 (8,1). Landwirtschaft: Albanien 0,4 (10,0); Bulgarien 8,6 (2,0); Tschechoslowakei 0,6 (7,3); Ungarn 2,0 (5,1); Polen 0,7 (5,8); Rumänien 4,5 (3,3); Sowjetunion 12 (-7,3). Im Industriesektor haben alle Länder die aufgestellten Pläne übertroffen, in der Landwirtschaft sind alle wesentlich darunter geblieben.